



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/XII/194 - 26. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Rüstungskorruption vor dem Verteidigungsausschuss	S. 1
Hiroshima antwortet Göttingen	S. 3
Briefe an den "Spiegel" - Max Brauer: Ollenhauer und Ebert haben viele Jugenden gemeinsam	S. 6
Nochmals: USA-Schützenhilfe für die CDU	S. 8

Kommt die Lawine ins Rutschen?

Von Helmut Schmidt, MdB

Am Dienstag wird der Verteidigungsausschuss des Bundestages mit der Untersuchung der Koblenzer Bestechungsaffären beginnen. Aufgrund des auf sozialdemokratische Initiative durch die Verfassungsänderung vom 19.3.1956 eingefügten Grundgesetzartikels 45a hat er die Möglichkeit, auch zwischen den Wahlperioden tätig zu werden. Gleichzeitig gebietet Art. 45a, dass der Verteidigungsausschuss auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder jede die Verteidigung betreffende Angelegenheit zum Gegenstand der Untersuchung machen muss. Die derzeitige CDU/CSU-Mehrheit hat daher keine Ausweichmöglichkeit.

Natürlich wird der Regierung gerade im Wahlkampf die Aufdeckung von Korruptionsaffären bei ihrer zum Teil überaus leichtfertigen Rüstungsbeschaffung nicht angenehm sein. Die Opposition jedoch wird anhand des Skandals in Beschaffungsamt erneut den Nachweis des sich aus der Überstürzung der Rüstung notwendigerweise ergebenden Dilettantismus beim Aufbau der Streitkräfte führen können.

Allein im 1. Halbjahr 1957 hat das Koblenzer Beschaffungsamt über 9 100 Aufträge mit einer Gesamt-Auftragssumme von 4 Milliarden 368 Millionen DM vergeben. Von dieser Summe, die auf ein Jahr umgerechnet, ihrer Größenordnung nach etwa dem Gesamtwert aller Wohnungen der Zwei-Millionenstadt Hamburg gleichkommt, sind nur gut 15 % öffentlich ausgeschrieben gewesen. Die bisher bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten liegen auf diesem schmalen Sektor. Die Unregelmäßigkeiten auf dem 85%-Sektor der nicht öffentlich ausgeschriebenen Aufträge - insbesondere im internationalen Rüstungsgeschäft - können wir bisher nur ahnen.

Es gibt hinreichende Verdachtsmomente dafür, dass sich Abgeordnete und Regierungsfunktionäre nicht nur in den Gang der Beschaffung bei den -2-

26. August 1957

öffentlichen Ausschreibungen eingeschaltet haben, wie aus Koblenz ver-
lautet, sondern dass darüber hinaus auch bei dem wirklich grossen Rüstungs-
geschäft politische Einflüsse wirksam geworden sind. Das gilt vor allem
für die Beschaffung von Flugzeugen, Panzerfahrzeugen und Munition.

Um in solche Zusammenhänge hineinleuchten zu können, haben wir vor
nunmehr vier Monaten die Vorlage einer Liste aller Rüstungslobbyisten ver-
langt. Die CDU-Mehrheit sah zwar keine Möglichkeit, diesen Beschluss zu
terpedieren, wohl aber haben der Verteidigungsminister Strauß (CSU) und
der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Dr. Jäger (CSU) im geschick-
tem Zusammenspiel bis heute die Vorlage dieser Liste verhindert. Sie würde
nämlich einige interessante Namen enthalten müssen, so z.B. die CDU-Abge-
ordneten Berendsen und des verstorbenen Dr. Otto Lenz.

Das Rechtsanwaltsbüro Dr. Otto Lenz und Konsorten ist vertraglich ge-
bundener Vertreter für die internationale Rüstungsfirma Hispano-Suiza. Zum
TKL haben Rüstungsverhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Firmen
mit deutschen Beamten in Lenz's Privatwohnung stattgefunden. Der Kompag-
non des Dr. Lenz hat - wie in Bonn bekannt ist, bei einer Gesamtauftrags-
summe von zunächst rund 2 1/2 Milliarden für 10 700 Hispano-Suiza-Panzer
einen Reingewinn von 10 % für Hispano verlangt. Die Höhe der gezahlten
Vermittlungsprovision ist bisher unbekannt.

Die Vermittlungsprovision^{BR} im internationalen Rüstungsgeschäft liegen
bei Panzern und Flugzeugen zwischen 4 % bis 8 %. Diese angesichts der ho-
hen Auftragssummen in die Millionen gehenden Beträge sind in aller Regel
in Preis einkalkuliert, sie werden häufig auf dem Wege der Rücküberwei-
sung, pro Rate des Zahlungseingangs an Deckadressen gezahlt. Durch Zufall
ist im letzten Winter in der Schweiz ein solcher Fall ans Tageslicht ge-
kommen, wo eine englische Rüstungsfirma dem Schweizer Militärattaché in
London für seine Mitwirkung bei Panzerkäufen des Schweizer Bundesheeres
enorme Provisionen zugesprochen hat, die von der englischen Firma an die
Adresse seines Bruders in der Schweiz überwiesen wurden. Häufig muss der
Vermittlungsagent einen Teil der Provision an andere Helfer weitergeben;
das Geld verzweigt sich in dunkle Kanäle.

Dr. Otto Lenz ist früher im Zusammenhang mit einer eigenartigen Pro-
visionsaffäre in einem internationalen Kreditgeschäft genannt worden. Er
ist gleichzeitig der Gründer mehrerer Tarnorganisationen der CDU gewesen,
insbesondere jener höchst zweifelhaften CDU-Propaganda-Apparatur, die sich
"Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" nennt. Diese Tarnorganisation
hat sich bisher geweigert, die Quellen ihrer enormen Finanzmittel zu
nennen.

Der Unterausschuss für Rüstung und Beschaffung des Bundestages wurde
durch die CDU/DP-Mehrheit in jenem Augenblick aufgelöst, als er sich der
Frage der Beschaffungsorganisation - und verfahren zuwenden wollte. Heute
liegt es klar am Tage, dass in diese Frage mit harter Rücksichtslosigkeit
hineingeleuchtet werden muss.

"Von Gewissen diktiertem Humanismus"

Der Appell der Göttinger Professoren hat besonders in Japan aufrüttelnd gewirkt. Niederschlag dieser Wirkung ist die Antwort von Wissenschaftlern der Universität von Hiroshima an die Unterzeichner dieses Appells. Sie ging dieser Tage den Adressaten zu. Die Antwort, die wir auszugswise veröffentlichten, ist von folgenden japanischen Wissenschaftlern unterschrieben: arata Osada, Dr. phil. Hon.Prof. f. Pädagogik; Shido Sumeragi, Dr.phil., o.Prof. für Pädagogik; Ichiro Kiritaki, Dr.phil., o.Prof. für Ethik; Akira Okamoto, o.Prof. für Japanologie; Jiro Ogawa, Dr.phil., o.Prof. für Anglistik; Wasaburo Harada, o.Prof. f. Germanistik; Seiichi Imabori, Dr.phil., o.Prof. f. Geschichte; Tsugimaro Imanaka, Dr. rer. pol., o.Prof. f. Politik; Mitsuru Ito, o.Prof. f. Rechtswissenschaft; Kiyoshi Sakuma, Dr. rer. nat., o.Prof. f. theoretische Physik; Yoshio Sakamoto, Dr. rer. nat., Lektor f. Physikalische Chemie; Toshijiro Kawamura, Dr. rer. nat., o.Prof. f. Zoologie; Naokichi Suzuki, Dr. med., o.Prof. f. Anatomie.

Als wir Wissenschaftler von Hiroshima den Appell Professor Werner Heisenbergs und 17 anderer führender westdeutscher Wissenschaftler, nicht an den Versuchen, Anwendungen und Forschungen mit Atomwaffen mitzuarbeiten, lasen, empfanden wir grosse Dankbarkeit und Bewunderung. Amerika warf am 6. August 1945 die erste Atombombe der Welt auf unser Hiroshima ab; auf Grund eines Untersuchungsberichtes, der sich auf die Ergebnisse der vom statistischen Reichsamt der japanischen Regierung durchgeführten Volkszählung stützt, sind bis zum September 1951 von der Gesamtbevölkerung Hiroshimas, die zur Zeit des Abwurfs der Atombombe 420 000 Menschen zählte, 282 000 Tote zu verzeichnen. Auch nach diesem Zeitpunkt starben noch zahlreiche Personen an den Folgen der Explosion. Im ersten Halbjahr 1957 betrug die Zahl der anerkanntermaßen an diesen Folgen gestorbenen Personen noch 13. Nach einer Untersuchung Professor Dr. Obo's, eines Arztes, der der ständigen Konferenz zum Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben in Hiroshima angehört, beträgt die Sterblichkeit der Bevölkerung Hiroshimas, die der Atombombe ausgesetzt war, das Doppelte von denjenigen, die nachher aus anderen Gebieten nach Hiroshima verzogen sind. So ist es nur natürlich, dass die Bevölkerung von Hiroshima sich entschieden gegen die Atom- und Wasserstoffbomben wendet.

Es gibt viele Gründe, warum wir Wissenschaftler von Hiroshima

dem von tiefer Menschenliebe erfüllten Appell der westdeutschen Wissenschaftler gegenüber unsere herzlichste Hochachtung zum Ausdruck bringen müssen. Professor Werner Heisenberg schrieb 1945 in der vom Max-Planck-Institut zu Göttingen herausgegebenen Zeitschrift "Naturwissenschaften", dass die deutschen Physiker während des Krieges das Oberkommando der deutschen Wehrmacht beschworen haben, die Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben zu verhindern. Sie haben von Anfang an die Überwachung der gesamten Flakung in ihre eigenen Hände genommen und selbst die ganze Kraft ihrer Autorität dazu aufgewandt, dass die aus der Spaltung von Atomkernen frei werdende Energie ausschliesslich für friedliche Zwecke verwandt wird. Die Möglichkeit der industriellen Verwertbarkeit der Atomenergie wurde zuerst von Hahn und Strassmann entdeckt. Die deutschen Physiker haben durch diese Entdeckung den Ansatzpunkt für eine ungeheure industrielle Entwicklung gegeben. Sie haben sich der glühenden Hoffnung hingegeben, diese Ergebnisse zu verwerten und haben sich von 1942 an bis heute nur mit der Erforschung der friedlichen Verwertung der Atomenergie befasst.

Wir möchten den deutschen Wissenschaftlern gegenüber für diesen von ihrem Gewissen diktierten Humanismus unseren herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Es ist nicht verwunderlich, dass der Widerstand Professor Hahns und all der anderen deutschen Physiker gegen die Atom- und Wasserstoffbombe auch jetzt noch die Welt bewegt.

Die Geschichte Göttingens im Kampf für Frieden und Freiheit ist Welt; ist es doch nur allzu bekannt, dass 1837 die Göttinger Sieben für die Freiheit Deutschlands eintraten. Wir zweifeln nicht daran, dass die jetzige Erklärung der Göttinger Wissenschaftler diese strahlende Tradition noch erhöhen wird.

Wir Bürger Hiroshimas haben auch bereits auf der Kundgebung zum Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben am 24. April 1954 ein sofortiges und unbedingtes Verbot aller Versuche, Anwendungen und Forschungen mit Atom- und Wasserstoffbomben gefordert und sind mit dieser Forderung an die Regierungen der Länder und die Friedensorganisationen herangetreten. So wird die mahnende Stimme Hiroshimas, dessen Bürger

sich so nach Frieden sehnen, allmählich Gehör finden - eine Stimme, die in Japan selbstverständlich kräftig unterstützt, die aber auch in den Ländern der Welt vernommen wird.

In der Forderung nach friedlicher Verwendung der Atomenergie und in dem unbedingten Widerstand gegen die Versuche, Anwendungen, Herstellungen und Forschungen mit Atom- und Wasserstoffbomben sowie in ihrem Verbot sind die schönlichsten Wünsche der Wissenschaftler Hiroshimas, das das Mekka des Weltfriedens genannt wird, und diejenigen der Göttinger Physiker jetzt so gleich wie die beiden Teile eines Kerbholzes. Wir glauben, dass Ost und West Hand in Hand gehen und sich für den Frieden der Welt bemühen werden.

* * *

Bisher 113 Atombombenexplosionen

In der englischen Zeitschrift "Peace News" stellt Dr. Homer Jack die bisher erfolgten Atombombenexplosionen zusammen. Er kommt bis August 1957 zu folgendem erschreckenden Ergebnis:

<u>1945:</u> 3 amerikanische Explosionen in New Mexiko (USA), Hiroshima und Nagasaki.	<u>1954:</u> 2 amerikanische auf Eniwetok; mindestens 1 sowjetische in Sibirien.
<u>1946:</u> 2 amerikanische Tests auf dem Bikini-Atoll (Südsee).	<u>1955:</u> 14 amerikanische, davon eine im Pazifik, die übrigen in Nevada;
<u>1948:</u> 3 amerikanische Tests in Eniwetok (Pazifik).	<u>1956:</u> mindestens 7 sowjetische in Sibirien; 6 britische auf Monte-Bello-Insel und in Australien; 3 amerikanische auf Eniwetok.
<u>1949:</u> 1 (erster) sowjetischer Test in Sibirien.	<u>1957:</u> 13 amerikanische in Nevada; 3 britische (darunter erste englische H-Bombe) auf der Christmas-Insel vor Australien; mindestens 7 sowjetische in Sibirien.
<u>1951:</u> 15 amerikanische Tests, davon 4 in Eniwetok, die restlichen in Nevada (USA);	
<u>1952:</u> 10 amerikanische, davon 8 in Nevada und 2 in Eniwetok (erster H-Bomben-Versuch);	
<u>1953:</u> 11 amerikanische Explosionen in Nevada; 2 sowjetische (darunter erste H-Bombe) in Sibirien; 2 britische in Australien.	

Gesamtaufstellung bis August 1957:

USA 77, Sowjetunion 24, Grossbritannien 12, insgesamt 113.

* * *

Briefe an den "Spiegel"

sp- Die Wochenschrift "Der Spiegel" hat in Nr. 34 eine Darstellung über eine Sitzung der führenden SPD-Gremien veröffentlicht, die irreführend und unkorrekt ist. Der frühere Regierende Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, der Senatspräsident von Bremen, Bürgermeister Wilhelm Kaisen, der hessische Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn und der Pressechef der SPD, Fritz Heine, haben sofort nach Erscheinen des Artikels richtigstellende Briefe an den "Spiegel" gerichtet. Da der "Spiegel" entgegen seinen sonstigen Gepflogenheiten diese Briefe nicht in der nach dem beanstandeten Artikel erscheinenden Ausgabe vom 21. August veröffentlichte, übernehmen wir diese Aufgabe. Die Redaktion.

*

Lieber Spiegel,

der Spiegel-Bericht über den "SPD-Wahlaufruf" in Nr. 34, Seite 13/14, ist zwar interessant geschrieben, hat aber den Nachteil, dass die darin aufgestellten Behauptungen im völligen Widerspruch zu den Tatsachen stehen. An der vom "Spiegel" erwähnten Konferenz haben mehr als 200 Sozialdemokraten teilgenommen. Sie können bezeugen, dass der "Spiegel" in diesem Falle sehr sehr abseits der Wahrheit gelegen hat.

Einige Fakten: Unwahr ist, dass es in der gemeinsamen Sitzung der leitenden SPD-Gremien während des Referats von Erich Ollenhauer Störungen, Zwischenrufe usw. gegeben habe.

Unwahr ist, dass die Wahlrede Erich Ollenhauers "nachträglich mit schärferen Vokabels aufgemöbelt" worden seien.

Unwahr ist, dass Carlo Schmid die ihm in den Mund gelegten oder ähnliche Äußerungen getan und die Aufstellung eines Schattenkabinetts gefordert hat.

Unwahr ist, dass das Projekt eines Schattenkabinetts 1953 an der angeleglichen Forderung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wilhelm Mellies auf dem Innenressort gescheitert sei.

Unwahr ist, dass in den Beratungen der SPD-Gremien die Frage des "Postens des Schatten-Aussenministers" diskutiert oder auch nur erwähnt worden ist.

Unwahr ist, dass die im "Spiegel" erwähnte Frage des sozialdemokratischen Abgeordneten Blachstein nicht beantwortet worden sei. Wahr ist vielmehr, dass Erich Ollenhauer selbst ausführlich und unter Beifall darauf eingegangen ist.

Unwahr ist, dass der Wahlaufruf der SPD -"an Vertage hurtig zusammengestellt worden war." Wahr ist vielmehr, dass der Entwurf seit mehr als zehn Tagen vorlag und in mehreren Gremien vorberaten worden ist.

Unwahr ist, dass der vom "Spiegel" zitierte Satz aus dem Wahlaufruf "fast der einzige Satz ist, der vom ursprünglichen Entwurf gebilligt wurde." Wahr ist vielmehr, dass gerade dieser Satz einer der wenigen ist, der geändert wurde.

Unwahr ist, dass unter "der Regie von Willi Brandt und Heinz Kühn" ein Redaktionskomitee gebildet wurde. Wahr ist, dass Erich Ollenhauer den Vorschlag zur Bildung einer solcher Kommission gemacht hat, was einer regulären Praxis in einer demokratischen Partei entspricht und dass dieser Kommission die Herren Brandt, Moeller, Schmidt, Kommer, Rehs und Heine

26. August 1957

angehörten.

Unwahr ist, dass aus dem Resolutionsentwurf "alle Andeutungen über So-
zialisierungsabsichten" gestrichen worden sind. Wahr ist vielmehr, dass
der veröffentlichte Appell in diesem Punkt keinerlei sachliche Unterschie-
de zum ursprünglichen Entwurf enthält.

Unwahr ist, dass Heinz Kühn in den Wacklauftag die Formulierung von Atom-
bomben und dem Atomtod "hineingeflickt hat". Wahr ist vielmehr, dass diese
Formulierung völlig unverändert aus dem Entwurf in die endgültige Fassung
übernommen wurde.

Unwahr ist, dass die von der Redaktionskommission vorgelegte endgültige
Fassung "bei Ollenhauer und seinen Freunden" auf Bedenken stieß. Wahr ist
vielmehr, dass dieser Entwurf einmütig ohne Enthaltungen und ohne Gegen-
stimmen angenommen wurde.

So, das wär's - wenn auch noch nicht alles.

Besten Gruss,
Fritz Heine

*

Max Brauer - Hamburg:

Sehr geehrte Redaktion.

In der Ausgabe des "Spiegel" vom 21. August 1957, Nr. 34, geben Sie
einen Bericht über die Sitzung der Führungsgremien der Sozialdemokrati-
schen Partei am 15. August 1957. In diesem Bericht wird, u.a. ausgeführt,
dass Besprechungen stattgefunden haben zwischen dem Ministerpräsidenten
Zinn, dem Ministerpräsidenten a.D. Kopf und dem Bürgermeister Keiser und
mir, die zum Ziel hatten, die Sozialdemokratische Partei dahin zu bringen,
dass sie schon jetzt mit einer Erklärung herauskommt, die bei einem even-
tuellen Wahlsieg die Übernahme des Kanzleramtes durch Erich Ollenhauer
vorschliesst. Diese Darstellung ist, soweit sie mich betrifft, unrichtig.
Ich habe an solchen Besprechungen nicht teilgenommen und darf darüber hin-
aus sagen, dass sie auch meiner Auffassung von der gegebenen Situation in
Deutschland durchaus widersprechen. Ich habe in dem letzten mehr als einem
Jahrzehnt den Parteiführer Erich Ollenhauer als Mensch und Politiker
nicht nur kennen und schätzen gelernt, sondern habe auch mit Bewunderung
seine politische Reife und Urteilsfähigkeit verfolgt. Er bringt nach meiner
Überzeugung die Qualifikation für das Bundeskanzleramt, die in Deutschland
notwendig ist, in überreichem Maße mit. Erich Ollenhauer ist nicht nur
ein charaktvoller Mensch, er ist auch in der Besonnenheit seiner poli-
tischen Urteilsfähigkeit hervorragend geeignet für die Aufgabe, die Nach-
folge Adenauers anzutreten. Erich Ollenhauer erinnert mich in starkem

26. August 1957

Maße an den für Deutschland so verdienstvollen ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert; viele Tugenden haben sie gemeinsam.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr ergebener Max Brauer

*

Wilhelm Kaisen - Bremen:

Sehr geehrte Herren!

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, teile ich Ihnen mit, dass der Ministerpräsident a.D. Heinrich Köpfer niemals mit mir darüber gesprochen hat, ob man nun unbedingt den 1. Vorsitzenden der SPD auf den Kanzlerstuhl setzen sollte. Es wäre mir lieb, wenn der "Spiegel" davon Kenntnis nimmt, dass seine gegenteilige Behauptung in seiner Ausgabe vom 21. August, Seite 14, nicht stimmt.

Hochachtungsvoll!
gez. Kaisen, Bürgermeister

*

Georg August Zinn - Wiesbaden:

Sehr geehrte Herren!

Sie unterstellen mir zu Unrecht irgendeine Aktivität in der von Ihnen aufgeworfenen Frage. Ich habe weder Anfang dieses Jahres in Bonn für oder gegen jemand Stimmung gemacht, noch habe ich den Versuch unternommen, "die Öffentlichkeit gegen die Bonner Zentral-Klique" meiner Partei zu mobilisieren. Ich habe mich über die Frage des zukünftigen Bundeskanzlers auch niemals mit meinen Parteifreunden Heinrich Köpfer, Max Brauer oder Wilhelm Kaisen unterhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
gez. Georg August Zinn

* * *

"So gut wie möglich verkaufen"

sp - Der Wahlmanager der Republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten, Mr. Lamb, kommt in die Bundesrepublik, da er hofft, für die CDU im Wahlkampf von "einigen Nutzen" zu sein. Die Einladung an ihn erging von Dr. Heck, dem Bundesgeschäftsführer der CDU. Mr. Lamb kommt also nicht aus eigenem Antrieb, er wurde gerufen. Im Zusammenhang mit seiner Reise und der vor ihm zu erwartenden Tätigkeit ergeben sich einige Fragen:

Stimmt es, dass die Einladung an Mr. Lamb erst vor einigen Wochen erfolgte? In welcher bedrängten Lage muss die CDU sein, wenn sie genötigt ist, Schützenhilfe aus den USA anzufordern!

Ist es richtig, dass die CDU die gesamten Kosten für die Reise und

den Aufenthalt des amerikanischen Wahlmanagers übernommen hat? Sind an der Mitfinanzierung auch noch andere Stellen beteiligt?

Dem Vernehmen nach steht Mr. Lamb auf dem Standpunkt, dass man in einem Wahlkampf die Partei so gut wie möglich "verkaufen" und der Industrie einhämmern muss, möglichst viel in die Partei zu investieren, weil sich das hinterher am besten auszahlt.

Während des Kampfes bei den amerikanischen Präsidentenwahlen weilte der CDU-Bundesgeschäftsführer Dr. Heck als Beobachter in den Vereinigten Staaten. Hinter der Republikanischen Partei steht das amerikanische Grosskapital. Hat diese aller Welt bekannte Tatsache auf Dr. Heck den stärksten Eindruck gemacht? Nach seiner Rückkehr aus den USA hat das Werben der CDU um die finanzielle Gunst des deutschen Grosskapitals verstärkt eingesetzt, wie andererseits Teile der deutschen Schwerindustrie und des Grosshandels ihre Bemühungen intensivierten, durch Umlageerhebungen den Wahlfonds der CDU aufzufüllen. Ist die CDU mit ihrer Argumentation nicht ein lebendiges Beispiel dafür, wie man sich bei der Industrie anbietet und anbiedert, um ihr klarzumachen, dass sie umso mehr Dividenden hat, je mehr sie die CDU bezahlt?

Mr. Lamb ist bekannt dafür, dass er sich beim letzten Präsidentenwahlkampf besonders stark für einen "harten" Wahlkampf gemacht hat. War Dr. Heck als Beobachter so davon angetan, dass er amerikanische Wahlmethoden mit in die Bundesrepublik verpflanzte? Kündigt das Erscheinen des amerikanischen Wahlmanagers die Verschärfung des Wahlkampfes an, der durch die Aussorungen des Bundeskanzlers und die Flageleien von Mitgliedern der Jungen Union ohnehin schon unerträgliche, die Demokratie schädigende Ausmass angenommen hat?

Ist die Reise Mr. Lambs mit Zustimmung des amerikanischen Präsidenten und der Republikanischen Partei erfolgt? Soll die Entsendung des USA Wahlmanagers bedeuten, dass sich die grösste deutsche Regierungspartei als eine Satellitenpartei der amerikanischen Republikaner betrachtet und deren Befehle, Wünsche und Zielsetzungen als auch für sie verbindlich ansieht?

Empfindet die Partei des Bundeskanzlers als die für die gegenwärtige Politik der Bundesregierung hauptverantwortliche Partei keine Scham darüber, fremde Hilfe im Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie anzufordern?

Steht Sie geistig und politisch der Partei des USA-Grosskapitals näher als jenen Teil unseres Volkes, der unter der Führung der Sozialdemokratie in der schwersten Notzeit die Schlacht gegen den Kommunismus schlug und gewann und im Kampfe gegen jede Art von Gewaltregime die meisten Opfer brachte?

Die CDU hat es sich selbst zu verdanken, wenn sie in eine zwielichtige Lage geriet, die solche Fragen geradezu herausfordert. Ihre Verblendung gegen die Sozialdemokratie kennt keine Grenzen: um der Erhaltung ihrer Macht willen wendet sie sich hilfessuchend auch an das Ausland und verliert dabei jedes Gefühl für Anstand und nationale Würde.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel